

ATV Österreich.Trend

15. Welle, September 2012

Dr. Peter Hajek

Mag. Alexandra Siegl, MSc.

Inhaltsverzeichnis

Beschreibung der Studie	2
Wehrpflicht	2
Zufriedenheit mit der Regierung	6
Sonntags- und Kanzlerfrage	7
Demokratiezufriedenheit und Gerechtigkeitsempfinden.....	10

Beschreibung der Studie

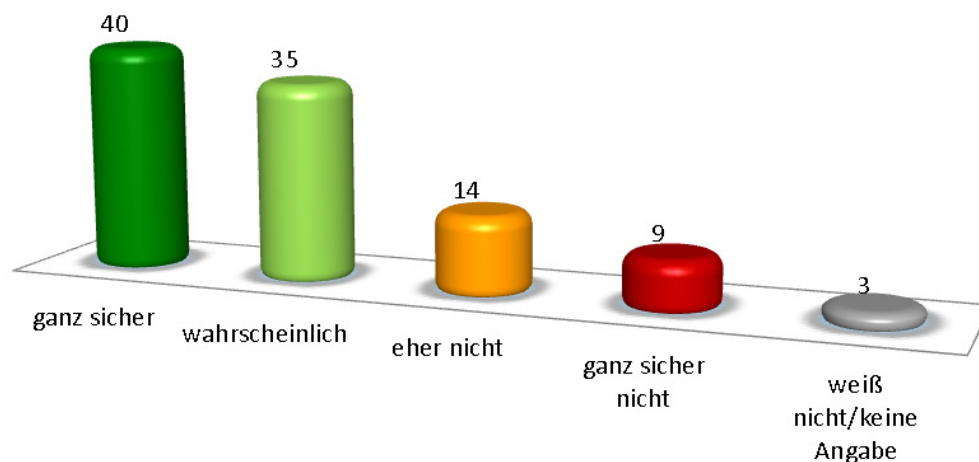
Seit Anfang 2009 publizieren ATV und Peter Hajek gemeinsam den ATV Österreich.Trend, eine quartalsmäßige Umfrage unter wahlberechtigten Österreicher/innen. Diese an den ARD-DeutschlandTrend angelehnte Erhebung gibt ein Abbild der politischen Großwetterlage sowie aktueller Themen im Land.

Im Rahmen der 15. Welle des ATV Österreich.Trend wurden von 17. bis 23. September 2012 1.000 Österreicherinnen und Österreicher repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren zu ihren politischen Einstellungen befragt. Die Schwankungsbreite der Ergebnisse beträgt maximal +/- 3,1 Prozent.

Wehrpflicht

Drei Viertel möchten an Volksbefragung teilnehmen, 40% „ganz sicher“

40% der Österreicherinnen und Österreicher wollen „ganz sicher“, weitere 35% „wahrscheinlich“ an der Volksbefragung zur Wehrpflicht im Jänner 2013 teilnehmen. Stärker als der Durchschnitt der Bevölkerung planen das Männer, höhere Bildungsgruppen und Menschen im urbanen Raum. Zudem würden Leser von Qualitätszeitungen eher an der Befragung teilnehmen, Leser von Boulevardmedien hätten bis auf weiteres geringeres Interesse an einer Teilnahme.

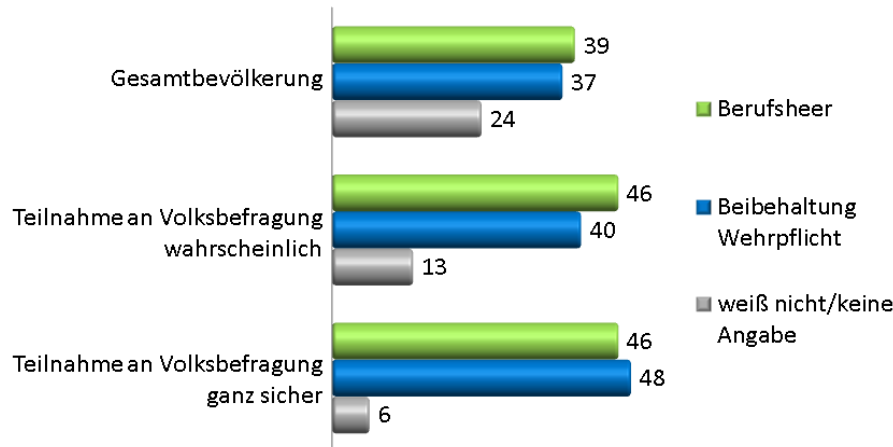


Betrachtet man die Parteiwählerschaften, so wollen vor allem Sympathisanten der SPÖ und der Grünen an der Befragung teilnehmen, unterdurchschnittliches Interesse haben Sympathisanten von Frank Stronach und politisch Unentschlossene. Im Durchschnitt liegen ÖVP- und FPÖ-Wähler.

Noch ist nichts entschieden: Gesamtbevölkerung tendenziell für Berufsheer, entschlossene Teilnehmer jedoch eher für Wehrpflicht

Derzeit ist mit 39% eine knappe Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres. 37% sind für die Beibehaltung der Wehrpflicht und des Zivildienstes. 24% sind in dieser Frage noch unentschlossen. Dieser Vorsprung der Berufsheer-Befürworter von 2 Prozentpunkten liegt innerhalb der Schwankungsbreite von +/-3,1%.

Betrachtet man nur jene Personen, die „ganz sicher“ an der Volksbefragung teilnehmen möchten, dreht sich das Verhältnis knapp um. In der Gruppe jener, die fest dazu entschlossen sind, an der Befragung teilzunehmen, sind 48% für die Beibehaltung der Wehrpflicht, 46% für die Einführung eines Berufsheeres, und 6% unentschlossen.

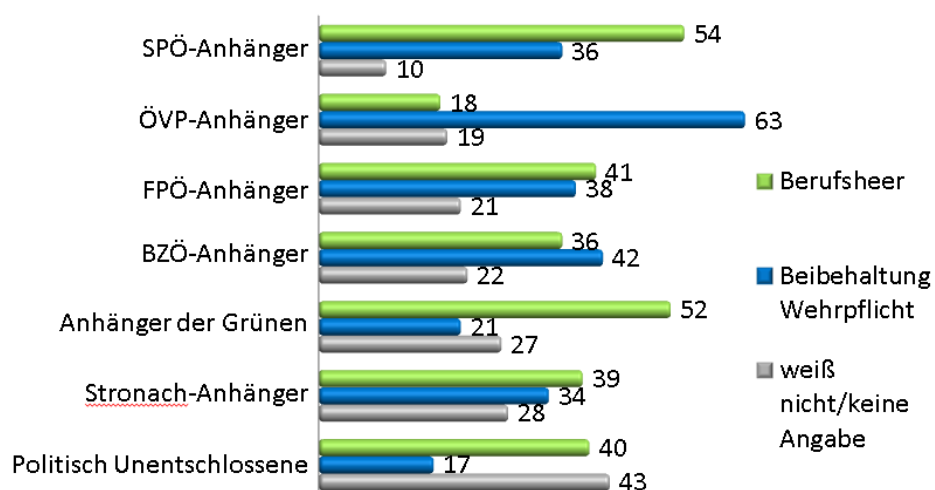


Stärker für ein Berufsheer sind Unter-30-Jährige, Männer, höhere Bildungsgruppen, Leser von Qualitätszeitungen und Nutzer von sozialen Netzwerken sowie Menschen in städtischen Gebieten.

Für die Erhaltung der Wehrpflicht sind eher ältere Menschen, niedrigere Bildungsgruppen und Leser der Bundesländerzeitungen.

Geteilter Meinung sind vor allem Frauen (34% für ein Berufsheer, 36% für Beibehaltung der Wehrpflicht), Menschen im ländlichen Raum (35% pro Berufsheer, 36% pro Wehrpflicht) sowie Leser von Boulevardmedien (39% für Wehrpflicht, 38% für Berufsheer).

Betrachtet man die Parteiwählerschaften, so ist eine starke Mehrheit innerhalb der SPÖ-Wählerschaft (54%) sowie innerhalb der Grün-Wählerschaft (52%) für das Berufsheer. Klar für die Beibehaltung der Wehrpflicht sprechen sich Wähler von ÖVP (63%) und BZÖ¹ aus. Relativ unentschlossen sind die FPÖ-Wähler beim Thema: mit 41% ist eine knappe Mehrheit der FPÖ-Sympathisanten für ein Berufsheer und steht damit im Gegensatz zur Linie ihrer Partei, immerhin 38% der FPÖ-Wähler sind jedoch für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Die Sympathisanten von Frank Stronach sind ebenfalls eher für ein Berufsheer, in dieser Gruppe, sowie vor allem in der Gruppe der politisch Unentschlossenen herrscht jedoch noch größere Unentschlossenheit beim Thema.



¹ Kleine Substichprobe von BZÖ-Wählern.

Zusammengefasst ist die Einstellung zum Thema Wehrpflicht derzeit sehr volatil. Auf der einen Seite befürworten junge Menschen, Männer, höhere Bildungssegmente und Anhänger von Mitte-Links-Parteien die Einführung eines Berufsheeres, auf der anderen Seite sprechen sich ältere Menschen, niedrigere Bildungssegmente und Anhänger von Mitte-Rechts-Parteien stärker für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus.

Der Ausgang der Volksbefragung wird einerseits sehr stark davon abhängen, welche Seite ihre Anhänger stärker mobilisieren kann, andererseits davon, mit welchen Argumenten die bislang Unentschlossenen bis zum Jänner noch überzeugt werden können.

Gründe pro Berufsheer: zeitgemäßes Heer, Freiwilligkeit und gute Arbeit

Die wichtigsten Gründe für ein Berufsheer aus Sicht der Befürworter sind die Notwendigkeit einer Heeresreform bzw. eines zeitgemäßen Bundesheeres, die Freiwilligkeit des Wehrdienstes sowie die Erwartung, dass ein Berufsheer besser arbeiten würde.



Gründe pro Wehrpflicht: wichtig für die Jugend, Katastrophenhilfe, Zivildienst

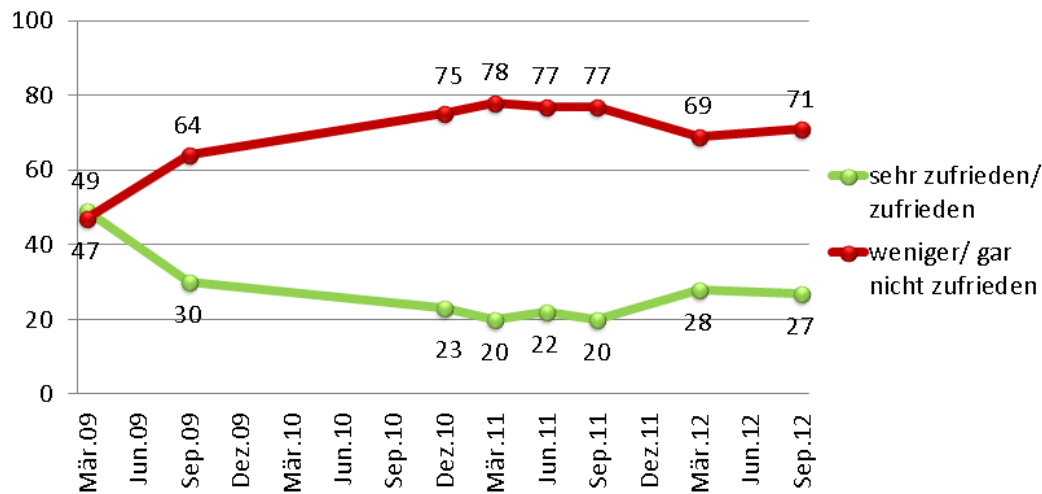
Aus Sicht der Befürworter der Beibehaltung der Wehrpflicht ist diese unter dem Motto „das hat noch keinem jungen Menschen geschadet“ wichtig für die Jugend. Zudem halten die Befürworter die Wehrpflicht für eine „gute Sache“, und argumentieren mit der Bedeutung von Katastrophenhilfe und Zivildienst. Auch Kostenargumente und die Verankerung der Landesverteidigung in der Bevölkerung werden ins Treffen geführt.



Zufriedenheit mit der Regierung

Unzufriedenheit mit Regierung weiterhin auf hohem Niveau

Sieben von zehn Österreichern sind mit der Regierung unzufrieden.

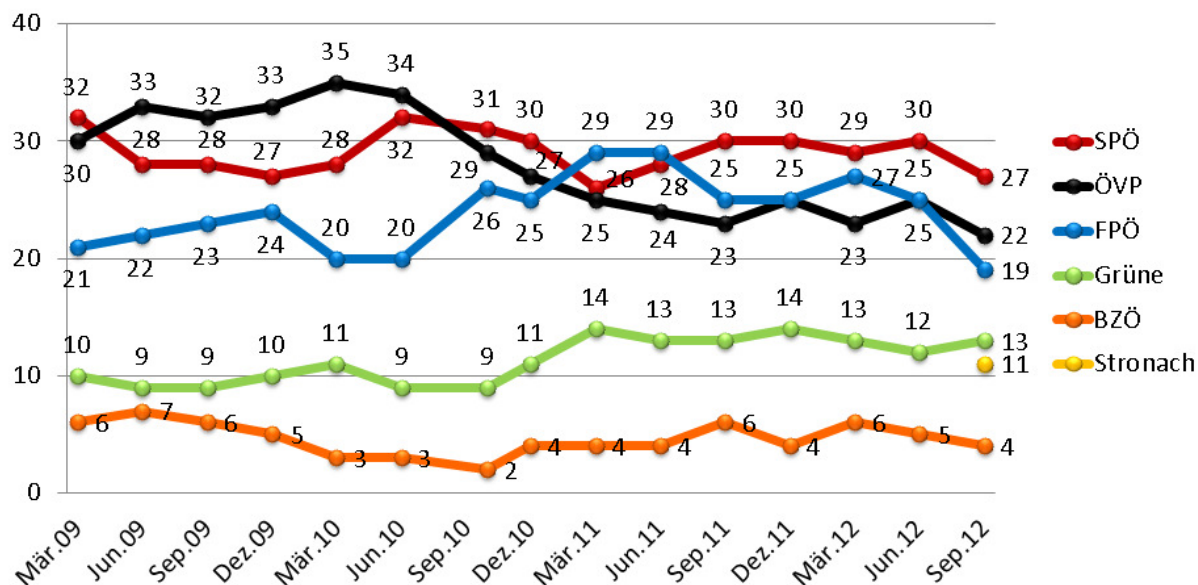


Am ehesten zufrieden sind erwartungsgemäß Anhänger der Koalitionsparteien. Die Wählerschaft der SPÖ ist immerhin zu 60% zufrieden mit der Regierungsarbeit, Anhänger der ÖVP sind zu 49% zufrieden, zu 51% unzufrieden. Deutlich stärker ist die Unzufriedenheit bei den Anhängern der Oppositionsparteien, und bei politisch Unentschlossenen, mit Werten rund um 80% Unzufriedenheit. Mit Abstand am höchsten ist die Unzufriedenheit bei den Anhängern von Frank Stronach, ganze 93% aus dieser Gruppe sind mit der Arbeit der Regierung unzufrieden.

Sonntags- und Kanzlerfrage

Stronach bei 11% in der Sonntagsfrage, FPÖ verliert stark

Wären am nächsten Sonntag Nationalratswahlen (und würde Frank Stronach antreten), würde das politische System in Österreich ziemlich durchgeschüttelt werden: Dann hätte Österreich ein Sechs-Parteien-Parlament mit Frank Stronach mit einem Anteil von 11% der Wählerstimmen hinter sich, und mit drei deutlich geschwächten mittleren Parteien. Die FPÖ liegt erstmals seit Beginn der Umfrage im März 2009 unter der 20%-Marke und das BZÖ würde derzeit knapp die 4%-Hürde schaffen.



Doch wie kam es zu dieser Verschiebung? Frank Stronach punktet nicht nur stark bei ehemaligen Nicht-Wählern bzw. politisch Unentschlossenen, also alles in allem in der Gruppe der sogenannten „Politikverdrossenen“, sondern er zieht auch von den Mitte-Rechts-Parteien in beträchtlichem Ausmaß Wähler ab. Vor allem in der FPÖ-Wählerschaft wildert Stronach, 17% der FPÖ-Wähler von der letzten Nationalratswahl 2008 geben in der Umfrage an, dass sie bei einer Wahl nun Stronach wählen würden. Aus der ÖVP-Wählerschaft und der BZÖ-Wählerschaft von 2008 würden jeweils 8% zu Stronach wechseln, aus der SPÖ-Wählerschaft 5% und aus der Grün-Wählerschaft 4%.

Neben Stronach gibt es aber noch eine Reihe weiterer Gründe für die Verluste von SPÖ, ÖVP und FPÖ: Wie an der niedrigen Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit, mit der Demokratie im Land und dem Gefühl, dass die Zustände in Österreich eher ungerecht sind, abzulesen ist, dürften die diversen Korruptionsaffären und Skandale, der Umgang mit dem Untersuchungsausschuss sowie die gegenseitige Blockade der Regierungsparteien bei einigen Sachthemen Hintergründe der Ergebnisse sein.

Lediglich die Grünen können leicht dazu gewinnen. Die Positionierung der Partei mit dem Thema Sauberkeit dürfte erste Früchte tragen, zudem hat die Sommertour Parteichefin Glawischnig mediale Aufmerksamkeit beschert.

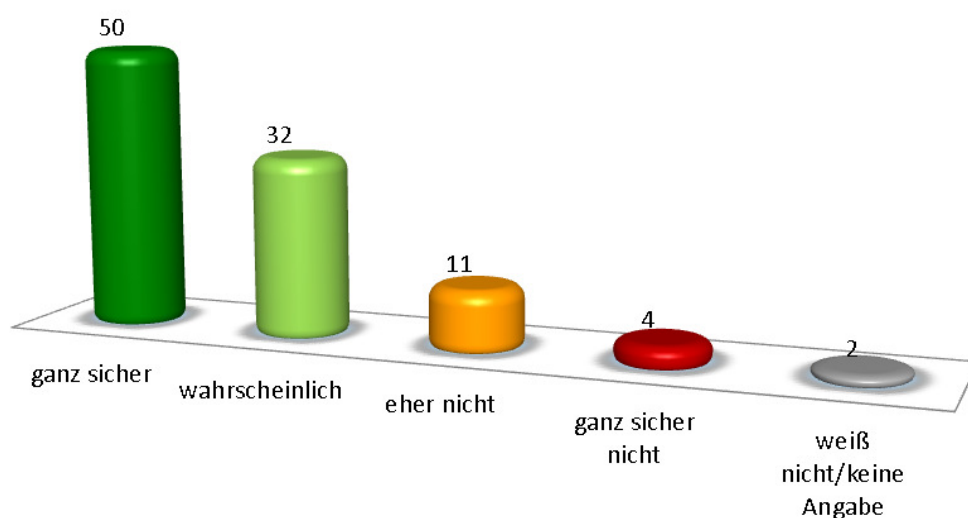
Betrachtet man das Wahlverhalten von unterschiedlichen soziodemografischen Gruppen, so ist interessant, dass Frank Stronach stärker von Menschen, die die Zustände im Land für ungerecht halten, von mittleren Altersgruppen, Bewohnern ländlicher Gebiete, sowie von Lesern von Boulevard-Zeitungen gewählt würde.

Menschen, die die Zustände im Land als ungerecht empfinden, wählen auch sehr stark die FPÖ, deutlich zufriedener mit den Zuständen im Land sind Wähler von SPÖ und ÖVP. Der Anteil von Männern und Frauen in unterschiedlichen Parteiwählerschaften ist relativ ausgeglichen. Ausnahmen bilden lediglich die FPÖ, die

stärker von Männern gewählt wird, und die Grünen, denen eher Frauen ihre Stimme geben würden. Was die unterschiedlichen Altersgruppen betrifft, punkten FPÖ und Grüne stärker bei jungen Menschen, SPÖ und ÖVP stärker bei Personen ab 50 Jahren. Ein Blick auf die Bildung zeigt, dass niedrigere Bildungsgruppen stärker zu FPÖ und SPÖ tendieren, höhere Bildungsgruppen deutlich stärker zu den Grünen. Menschen in urbanen Gebieten wählen schließlich eher SPÖ und Grüne, Menschen im ländlichen Raum stärker ÖVP, und etwas stärker FPÖ und Stronach.

Potenzielle Wahlbeteiligung bei 82%

Derzeit würden sich 82% an einer Nationalratswahl beteiligen, 50% „ganz sicher“ und weitere 32% „wahrscheinlich“. Geht man davon aus, dass auch jene Personen, die angeben, „wahrscheinlich“ zur Wahl zu gehen, tatsächlich wählen würden, würde die Wahlbeteiligung in einer ähnlichen Größenordnung wie bei der letzten Wahl im Jahr 2008 liegen. Damals gaben 78,8% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

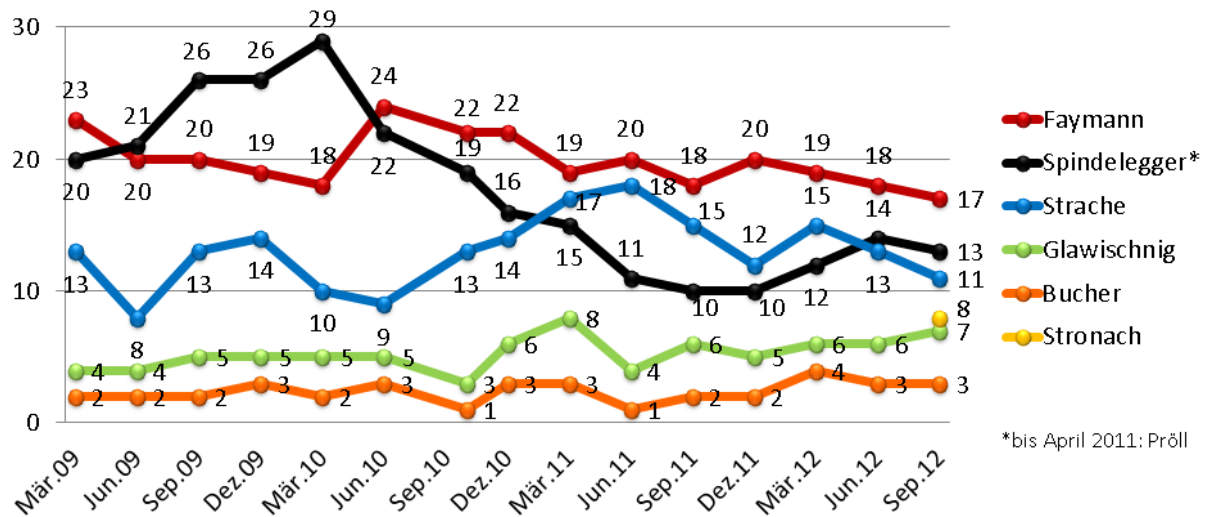


Stärker zur Teilnahme an einer Wahl neigen Wähler von SPÖ, ÖVP, Grünen, FPÖ und BZÖ, geringer ist die Teilnahmeabsicht bei Anhängern von Frank Stronach, sowie (deutlich geringer) bei politisch Unentschlossenen.

Eine stärkere Wahlbeteiligungsabsicht besteht zudem bei älteren Menschen, höheren Bildungsschichten und Menschen im urbanen Raum.

Kanzlerfrage: Stronach bei 8%, alle mit Ausnahme von Glawischnig verlieren

Ein ähnliches Bild wie die Sonntagsfrage liefert auch die Kanzlerfrage. Franz Stronach erreicht mit 8% einen respektablen Wert. Von den Parteichefs der fünf Parlamentsparteien kann lediglich Eva Glawischnig punkten, Faymann, Spindelegger und Strache verlieren leicht an Zustimmung.

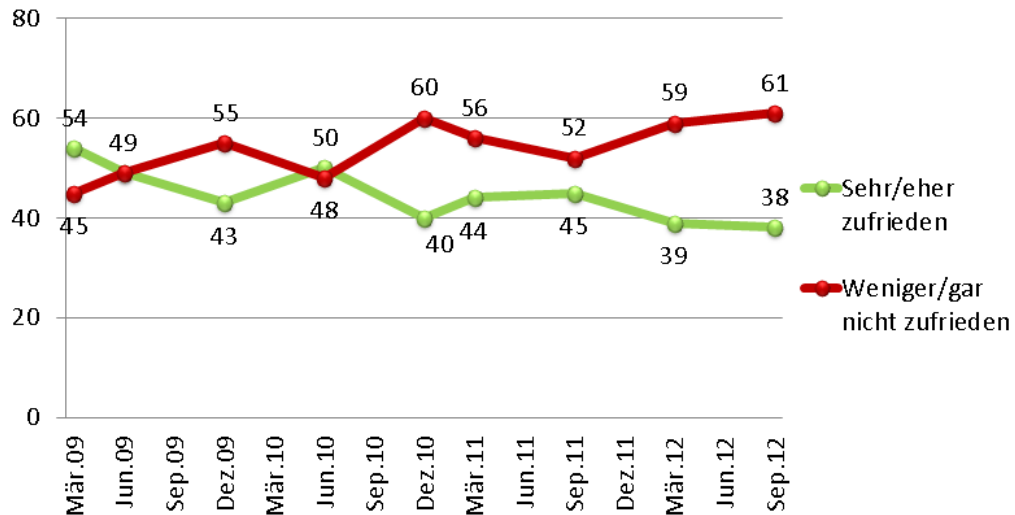


Die Gründe für diese Entwicklung dürften auch hier neben der Alternative Frank Stronach vor allem in den Bereichen Korruptionsaffären, Skandale, U-Ausschuss und Regierungsarbeit zu suchen sein. Im Rahmen des Untersuchungsausschusses konnten sich zuletzt weder Werner Faymann, der im U-Ausschuss entgegen dem Willen der Oppositionsparteien nicht zur Inseratenaffäre aussagen wird, noch Michael Spindelegger, der die SPÖ in dieser Angelegenheit unterstützt, profilieren. Die Kampagne der Grünen rund um Eva Glawischnig dürfte die Werte der Parteichefin im Gegensatz zum Mitbewerb stabilisieren.

Demokratiezufriedenheit und Gerechtigkeitsempfinden

Demokratiezufriedenheit sinkt weiter

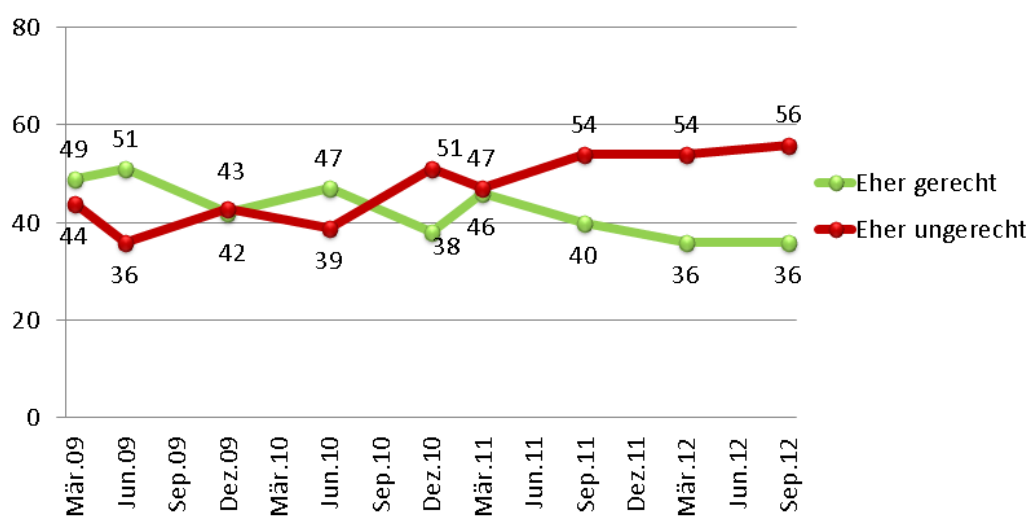
Die Demokratiezufriedenheit befindet sich weiterhin im Sinkflug. Ganze 61% sind mit der Demokratie in Österreich unzufrieden, vor allem Wähler von Stronach, FPÖ, BZÖ, politisch Unentschlossene, sowie tendenziell Wähler der Grünen. Auch jüngere Menschen und niedrigere Bildungsgruppen sind unzufriedener mit der Demokratie.



Diese Ergebnisse überraschen vor dem Hintergrund von politischen Skandalen und zuletzt dem Versuch des „Abdrehens“ des parlamentarischen U-Ausschusses wenig.

Auch Gerechtigkeitsempfinden auf neuem Tiefpunkt

In dieselbe Richtung weisen auch die Antworten auf die Frage, ob es in Österreich alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht. Mit 56% „eher ungerecht“-Nennungen wurde im September der schlechteste Wert seit Beginn der Umfrage im März 2009 erreicht.



Als besonders ungerecht beurteilen die Situation Wähler von FPÖ, BZÖ, Stronach und politisch Unentschlossene, sowie junge Menschen, Bewohner des ländlichen Raums und Menschen mit Migrationshintergrund.